



Sachsen LB adé – Aufstieg und Fall einer Landesbank

Fünf Jahre 1. Untersuchungsausschuss der 4. Wahlperiode des Sächsischen Landtags:

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zu Versäumnissen und Fehlentscheidungen der Staatsregierung bei der Landesbank Sachsen Girozentrale (Sachsen LB)

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Sachsen LB adé – Aufstieg und Fall einer Landesbank

Inhalt

Vorwort	Seite 2
Untersuchungsausschuss zur Sachsen LB: Einsetzungs- und Erweiterungsbeschluss, Zusammensetzung des Ausschusses	Seite 3
Aufstieg und Fall der Sachsen Landesbank – Die schwierige Suche nach den Sterbehelfern	Seite 4
Zeugenladungen (Übersicht)	Seite 15
Der Sächsische Rechnungshof zum Sonderbericht zur Landesbank Sachsen, Pressemitteilung	Seite 16
„Man musste nicht hinsehen, wenn es brennt“ – Interview mit Klaus Tischendorf, Obmann DIE LINKE	Seite 19
Mehr als nur Fußnoten – Dokumente zum Crash	Seite 23
Prominenz aus Politik und Finanzwelt im Zeugenstand	Seite 26
Verantwortungen klären: Antrag auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages	Seite 27
Die Affäre Sachsen LB – Chronologie im Spiegel der Medien	Seite 32
Impressum	Seite 40

Vorwort

„Klein, aber fein“ sei die Sächsische Landesbank, pflegte Georg Milbradt (CDU) gern zu sagen. Milbradt war es auch, der als Finanzminister die Sachsen LB aufs Parkett der hochspekulativen internationalen Finanzmarkt-Geschäfte schubste und später als Ministerpräsident den Trümmerhaufen wegräumen musste, der von seinem Geschäftsmodell übrig geblieben war. Alles auf Kosten des Mittelstandes, für den sich diese Landesbank nicht mehr interessiert hatte, und vor allem zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die für das Abenteuer die Zeche zahlen müssen. Um dabei geht es um insgesamt bis zu vier Milliarden Euro.

Die Katastrophen-Geschichte der schon vor ihrem Zusammenbruch von zahlreichen Affären geschüttelten Landesbank ist in 275 Aktenordnern aufbewahrt, die in fünf Stahlschränken des von der Linksfraktion durchgesetzten Parlamentarischen Landesbank-Untersuchungsausschusses lagern. Bisher tagte der Ausschuss 53 Mal, führte 33 Zeugenvernehmungen durch und produzierte 694 Ausschussdrucksachen. Dazu veröffentlichte unsere Fraktion fast 80 Pressemitteilungen.

Zwei komplette Bankvorstände mussten zurücktreten, dazu ein Finanzminister (Horst Metz) und ein Ministerpräsident (Georg Milbradt), die ebenso wie der ehemalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der frühere Finanzminister Thomas de Maizière und der amtierende Ministerpräsident und zeitweilige Finanzminister Stanislaw Tillich vor dem Ausschuss aussagen mussten. Inzwischen hat der Sächsische Rechnungshof in einem Gutachten der Finanzpolitik der sächsischen CDU-Größen beim Umgang mit der Landesbank ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Kein Wunder, dass Tillich, als er Finanzminister war, ein solches Gutachten für „nicht erforderlich“ erklärte. Das sahen wir anders, und der Rechnungshof auch.

Wahrscheinlich hält Herr Tillich auch diese Broschüre, die Sie jetzt in Händen halten, für nicht erforderlich, weil sie belegt, dass Sachsens CDU-Regenten mit Steuergeldern verantwortungslos umgegangen sind. Wenn das zu viele Leute mitbekommen, könnte das Folgen haben ... In diesem Sinne wünsche ich eine anregende Lektüre!

Ihr

Dr. André Hahn

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Mai 2009

1. Untersuchungsausschuss der 4. Wahlperiode:

Einsetzungsbeschluss vom 20. April 2005 / Landtagsdrucksache 4/01397:

„Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Staatsregierung und ihrer Mitglieder bei der Landesbank Sachsen Girozentrale (Sachsen LB), deren direkten und indirekten Beteiligungen an Tochterunternehmen, verbundenen, assoziierten und sonstigen Unternehmen seit dem 1. Januar 1992 sowie direkte und indirekte Einflussnahme der Staatsregierung, ihrer Mitglieder und der Bediensteten der Staatsministerien auf diese und die Auswirkungen für die unmittelbaren und mittelbaren Anteilseigner der Sachsen LB“

Erweiterungsbeschluss¹ vom 24. Januar 2008 / Landtagsdrucksache 4/10912:

Der Untersuchungsauftrages des Untersuchungsausschusses (Titel s.o.) wird um folgenden Sachverhalt ergänzt: „bezogen auf den Zeitraum vor dem 24. Januar 2008: Anlass, Gründe, Ursachen, Umstände und Auswirkungen der Veräußerung der Anteile des Freistaates Sachsen und der Sachsen-Finanzgruppe an der Sachsen LB an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) sowie eine Verantwortung von Mitgliedern der Staatsregierung, der Gremien der Sachsen LB und ihrer Beteiligungsunternehmen sowie deren Mitglieder.“

Dem Untersuchungsausschuss zur Sachsen LB gehören insgesamt 20 Mitglieder des Sächsischen Landtags (MdL) an, davon neun von der CDU, fünf von der Linksfraktion, je zwei von der SPD und der NPD und je ein Mitglied von der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die Fraktion DIE LINKE hat folgende Mitglieder in den Untersuchungsausschuss zur Sachsen LB entsandt:

Sebastian Scheel (stellv. Ausschussvorsitzender), **Klaus Tischendorf** (Obmann), **Klaus Bartl**, **Dr. Michael Friedrich**, **Dr. Volker Külow**.

Thorsten Steckel und **Werner Glaesel** stehen den Ausschussmitgliedern der Fraktion DIE LINKE als Berater in parlamentarischen, wissenschaftlichen sowie juristischen Fragen zu Seite.

¹ Seite 27

Aufstieg und Fall der Sachsen Landesbank

Die schwierige Suche nach den „Sterbehelfern“

Die Unschuld lebt auf dem Lande. Sie genießt auf Paphos die Sonnenuntergänge über dem Mittelmeer oder in Pappritz den kühlen Wind, der aus dem Dresdner Elbtal herauf weht. Die dunklen Wolken, die sich im Talkessel über Sachsens Landeshauptstadt ballen, scheinen von hier oben weit weg. Wenn das Gewitter losbrechen sollte, treffen die Blitze andere.

Die Unschuld trägt Namen wie Michael Weiss und Georg Milbradt. Weiss, der jetzt im Urlaubsparadies Paphos auf Zypern in einem Bungalow am Hang inmitten meckernder Bergziegen und sonnenverbrannter Felsen lebt, war bis Februar 2005 Vorstandschef der Landesbank Sachsen (Sachsen LB), ein mächtiger Manager, unter dessen Regie Milliarden bewegt wurden. Milbradt, der ein Haus im biedereren Dresdner Vorort Pappritz bewohnt, verwaltete als Finanzminister seit 1990 die Kassen des Freistaats Sachsen und hob die Landesbank mit aus der Taufe. Dass sie, wie oft behauptet, sogar sein Kind sei, hörte der spätere CDU-Ministerpräsident wohl nur deshalb nicht gern, weil ihm als sprödem Buchhalter solche poetischen Sprachbilder fern sind.

In Bildern wird auch die Sachsen LB selbst gern beschrieben, deren Geschichte Milbradt und Weiss lange lenkten. Häufig ist dabei von einem Dampfer die Rede. Der freilich schneidet nicht mehr kühn die Wellen, sondern liegt auf Grund, schwer leck geschlagen im August 2007 und vier Monate später gestrandet; die Wrackteile wurden dann zum Schrottpreis nach Baden-Württemberg verkauft. Vom Stapel gelaufen war die Bank einst als ein bescheidenes Schiff mit überschaubarem Revier vor der Küste. Reeder und Kapitän freilich strebten mit dem kleinen Klipper auf das große Weltmeer namens Kapitalmarkt und steuerten riskante Manöver. Als es stürmisch wurde, schlugen die Wellen daher über der Bank zusammen. Der Untergang löste in Sachsen einen Strudel aus, der das Land im ärgsten Fall Milliarden kosten könnte.

Michael Weiss und Georg Milbradt, beide inzwischen aus ihren Ämtern geschieden, wollen damit nichts zu tun haben. Er habe mit dem Kapitel abgeschlossen, erklärte der legär gekleidete Weiss einer Reporterin, die ihn auf Paphos aufspürte. Sein Verhalten sei immer „auf Risikobegrenzung und Maßhalten ausgerichtet“ gewesen, sagte Milbradt im Herbst 2007, ein halbes

Jahr vor seinem Rücktritt als Regierungschef, dem Untersuchungsausschuss des Landtags, der zunächst eine Serie von Pleiten, Pannen und Peinlichkeiten in der Bank aufklären sollte und sich zuletzt mit deren Untergang befassen musste. Zeugen hat das Gremium in großer Zahl gehört. Schuld an dem Debakel der Bank will keiner gewesen sein. Sollte das Gewitter losbrechen, dürften viele Sachsen Nasse machen. Die Ruheständler auf Paphos und in Pappritz dagegen haben ihr Scherflein ins Trockene gebracht.

Die Sachsen LB – Ein ganz normales Kreditinstitut Arbeitsschwerpunkt im Wirtschaftsraum Sachsen

Als die Landesbank am 22. November 1991 auf Kiel gelegt wird, war vom Segeln auf dem Kapitalmarkt noch nicht die Rede. Die Sachsen LB sollte, erklärte Finanzminister Georg Milbradt im Landtag, die Wirtschaft im Freistaat mit Krediten versorgen, Risikokapital an die Gründer von Unternehmen ausreichen, zentrale Geschäfte für damals noch 49 Sparkassen im Land abwickeln und den Kommunen finanziell zur Seite stehen. Mit einem Gründungskapital von einer halben Milliarde Mark ausgestattet, von denen gut 187 Millionen vom Land kamen, sollte die Bank ein „normales Kreditinstitut“ mit dem „Schwerpunkt im Wirtschaftsraum Sachsen“ werden.

In gewisser Weise handelte es sich bei dem Geldhaus, das in Leipzig angesiedelt wurde, nur um die zweitbeste Lösung. Zunächst hatten Milbradt und der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) eine Bank für alle fünf neuen Länder favorisiert. Diese sollten so aus ihrer finanziellen Abhängigkeit von Kreditinstituten im Westen gelöst werden. Allerdings waren Thüringen und Sachsen-Anhalt zwischenzeitlich ausgesichert: Sie hatten sich an den Landesbanken der Nachbarländer Hessen und Niedersachsen beteiligt, was wohl nicht zuletzt dem Drängen der meist von dort stammenden Ministerialen geschuldet gewesen sein dürfte. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zögerten. Die Einladung, sich



an dem in Sachsen gegründeten Institut zu beteiligen, wurde aufrecht erhalten, aber in den Folgejahren nie angenommen. Die „sächsische Lösung“ war daher im Freistaat weitgehend unumstritten. Auch die linke Opposition sah „keine akzeptable Alternative“ zur bevorstehenden Gründung eines „primär auf die Interessen Sachsens gerichteten Instituts“, wie Michael Elsner, damals der finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Linke Liste, im Landtag erklärte. Die Aufgaben, die das Gründungsgesetz der neuen Bank zuschrieb, schienen schließlich auch allesamt nötig: So sollte diese „die im öffentlichen Interesse liegende Kreditgewährung an die Wirtschaft“ im Land übernehmen. Die Mühe und das Geld seien sinnvoll investiert, pries Milbradt, als Kämmerer von Münster früher mit dem „Eisernen Steuergroschen“ ausgezeichnet, das Vorhaben: Er sei „überzeugt, dass jede Mark“, die in diese Bank gesteckt werde, „sinnvoll angelegt ist und Zinsen bringen wird“. Die Abgeordneten hatten keine Einwände. Am 1. Januar 1992 nahm die Bank in Leipzig ihre Geschäfte auf.

Riskanter Kurswechsel in Richtung Weltmarkt „Dampfer Sachsen LB“ gerät in schwere Wasser

Milbradts Prophezeiung sollte nicht eintreffen. Zwar hielt die Bank zunächst Kurs und erfüllte ihren Auftrag. Ihr wird ein Anteil daran zugeschrieben, dass sich Unternehmen wie Porsche und BMW in Sachsen ansiedelten, der Flughafen Leipzig-Halle ausgebaut und die früheren Kasernen der Sowjetarmee saniert werden konnten. Zudem flossen Beträge in die öffentlichen Kassen zurück, die sich freilich im Nachhinein als läppisch im Vergleich zu den schon eingetretenen und noch drohenden Verlusten herausstellten: 144 Millionen Euro hat die Bank in den 15 Jahren ihrer Existenz an Steuern gezahlt, 106 Millionen Gewinne wurden an die Eigentümer ausgeschüttet.

Als jedoch nach dem Notverkauf der Sachsen LB an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) Ende 2007 die Wrackteile zusammengefasst wurden, verunzierte die Schlussbilanz ein dickes Minus. Im Laufe der Jahre hätten das Land und die später ins Boot geholten kommunalen Sparkassen 692 Mio. Euro in die Bank gesteckt, rechneten Prüfer des Landesrechnungshofes vor. Nicht einmal die Hälfte dieser Summe wurde von der LBBW als Kaufpreis überwiesen – macht unterm Strich mindestens 364 Mio. Euro Miese. Zudem hat das Land für heikle Papiere im Bestand der Bank einem Abschlag von einer halben Milliarde beim Kaufpreis zugestimmt und eine Bürgschaft von 2,75 Milliarden Euro übernommen. Wie viel davon tatsächlich gezahlt werden muss, wird man erst im Jahr 2015 wissen, wenn die letzten der Papiere

fällig werden. Wie hatte Milbradt vollmundig erklärt? Das Geld für die Bank sei „sinnvoll angelegt“, es werde „Zinsen bringen“. Der gefeierte Finanzfachmann hat sich geirrt. Im besten Fall war die Bank ein kostspieliges Abenteuer. Im schlimmsten Fall könnte sie für Sachsen ein Debakel bedeuten.

Der Kurs dafür wurde auf der Brücke der Landesbank Ende der 90er Jahre eingeschlagen. Öffentlich-rechtlichen Banken wie der Sachsen LB begann damals ein schärferer Wind entgegen zu schlagen. Der Wettbewerb mit den privaten Banken gewann an Fahrt; mit dem Basel II-Abkommen wurden die Regelungen über Eigenkapital und Bankenaufsicht verschärft. Nicht zuletzt drängte die EU auf Abschaffung der so genannten Gewährträgerhaftung bis zum Jahr 2005. Solche staatlichen Garantien hatten es unter anderem Landesbanken bis dahin erlaubt, sich zu günstigeren Bedingungen Geld zu leihen als die Privaten – ein Wettbewerbsvorteil, der gekappt werden sollte. Gleichzeitig wurde immer klarer, dass der Dampfer Sachsen LB ohnehin mächtig an Fahrt verloren hatte und die Geschäfte längst nicht so rentabel liefen wie gehofft. Der Markt in Sachsen, erklärte Milbradt im Herbst 2007, habe sich als „wesentlich enger als angenommen“ entpuppt.

Bank und Landespolitik suchten umzusteuern. Die Bank heuerte Berater an, die ihr empfahlen, sich stärker in „Nischen“ wie dem Geschäft mit Immobilien, Beteiligungen oder dem umstrittenen Cross-Border-Leasing zu engagieren. Der Finanzminister suchte die Landesbank derweil enger mit den Sparkassen zu verflechten. Der zunächst geplante Sachsen-Finanzverband wurde durch einen erfolgreichen Volksentscheid im Oktober 2001 indes ausgebremst; eine Mehrheit der Sachsen fürchtete, die regionalen Sparkassen könnten sich aus der Fläche zurückziehen. Zuvor hatte es viel Wirbel um ein unter anderem von PDS und SPD unterstütztes Volksbegehren gegeben: Erst nach einem Urteil des Verfassungsgerichts akzeptierte CDU-Landtagspräsident Erich Iltgen, dass die Initiative wie gefordert 450.000 Unterschriften eingereicht hatte. Nach dieser Schlappe konnte Milbradt nur die Gründung der lockerer verbundenen Sachsen Finanzgruppe (SFG) durchsetzen, der lediglich acht Sparkassen beitraten. Die Besitzer der damals 19 übrigen Institute hielten sich zurück – und dürften nach dem Debakel der Landesbank froh über diese Entscheidung sein. Die SFG gehörte zuletzt zu den Eigentümern der Landesbank; die Frage, wie stark die Kommunen für deren Debakel zur Kasse gebeten werden, wird noch für Streit sorgen.

Entscheidend zum Schiffbruch der Sachsen LB trug schließlich ein radikaler Kurswechsel bei, der im Oktober 2001 vom Vorstand beschlossen wurde,

nachdem sie bereits Ende 2000 im Verwaltungsrat im Grundsatz abgesehen worden war. Beide Gremien stimmten einer Strategieänderung zu, dank derer sich die Bank mit Vehemenz am internationalen Kapitalmarkt engagieren konnte. Nur dort, so die Überlegung der Manager und des vom Finanzminister geleiteten Verwaltungsrates, konnten die gewünschten Renditen erzielt werden – von bis zu 15 Prozent war die Rede. Die im Gründungsgesetz genannten Aufgaben für Freistaat und die regionale Wirtschaft traten in den Hintergrund. Die Kritik etwa des Rechnungshofes, wonach „allein die Erwirtschaftung von Gewinnen keinen öffentlichen Auftrag darstellt“, verhallte ungehört.

Kaum war die neue Strategie beschlossen, warf sich der Vorstand mit Voll-dampf auf den Gewinne verheißenden Kurs. Schon 2002 hatten die Aktivitäten am Kapitalmarkt ein Volumen von 13 Milliarden Euro erreicht. Viele der Geschäfte wurden von einer irischen Tochtergesellschaft, der SLB Europe plc. (SLBE), abgewickelt, die bereits 1999 in Dublin gegründet wurde, um Steuervorteile auf der Insel nutzen zu können. Die „Mutter“ hatte sich verpflichtet, für alle ihre Aktivitäten einzustehen: Mit einer so genannten harten Patronatserklärung wurde garantiert, dass die SLB Europe „in einer Weise geleitet und finanziell ausgestattet wird, dass sie stets in der Lage ist, allen ihren Verbindlichkeiten fristgemäß nachzukommen“. Für ihre Geschäftspartner wurde die SLBE durch diese Garantie äußerst attraktiv. Vom Gesetz erlaubt war das freilich nicht: Dem Vorstand, merkt der Rechnungshof an, „fehlte dafür eine Ermächtigung“.

Noch schärfer am Wind segelte der Vorstand, nachdem der Sachsen LB im Sommer 2004 trotz des Strategiewechsels und der zumindest auf dem Papier vorgesehenen Verflechtung mit den Sparkassen nur ein Rating von BBB+ ausgestellt wurde. Derlei Ratings beeinflussen die Konditionen, zu denen sich eine Bank Geld leihen und ihre Geschäfte abwickeln kann; miese Zeugnisse schlagen also auf die Geschäftsbilanz durch. Im Jahr darauf hatten die Geschäfte am Kapitalmarkt bereits ein Volumen von 41 Milliarden Euro erreicht. Die Aktivitäten hatten im Durchschnitt einen Anteil von 82 Prozent am Betriebsergebnis; hätte es nicht die Gewinne aus den Geschäften am Kapitalmarkt gegeben, hätte die Bank 2002 und 2005 wohl rote Zahlen geschrieben. Zum Schluss stand einem Kernkapital von 1,4 Milliarden Euro ein Haftungsrisiko von unfassbaren 43 Milliarden Euro gegenüber.

Wie riskant die zugrunde liegende Strategie war, bleibt umstritten. Milbradt, der sie vor seinem Rauswurf als Finanzminister im Januar 2001 maßgeblich

vorbereitet hatte, hebt heute die Hände: Er habe „immer großen Wert darauf gelegt, risikoarme Geschäfte einzugehen“ – trotz niedrigerer Renditen: Sein Verhalten sei „auf Maßhalten ausgerichtet“ gewesen. Das Problem seien nicht die Geschäfte an sich gewesen, sondern nur ihr Umfang. Der Rechnungshof fällt ein deutlich härteres Urteil². Die Sachsen LB sei eine „von ihren Kapitalmarktaktivitäten abhängige Bank“ geworden – und: „Sie ignorierte das Risiko.“ Die Chefetage habe, vertrauend auf mathematische Modellrechnungen, die ausreichende Sicherheit suggerierten, „die Gefahren aus der Größenordnung der Geschäfte erst wahrgenommen, als es zu spät war.“ Man kann sich das vorstellen wie auf der Titanic: Auch dort spielte die Kapelle, bis das Schiff in den Eisberg krachte.



Dr. Georg Milbradt (CDU), Sächsischer Ex-Finanzminister und Ex-Ministerpräsident

Unsaubere Machenschaften – Bankvorstände müssen gehen Ex-Ministerpräsident Biedenkopf watscht Amtsnachfolger ab

In die Schlagzeilen geriet die kleine sächsische Landesbank freilich in dieser Zeit zunächst aus anderen Gründen. Zeitungen berichteten über groteske Zustände im Institut, in dem sich Mitarbeiter bespitzelt fühlten, Vorstände eine Art „Mätressenwirtschaft“ betrieben und sich königliche Vergünstigungen leisteten. So soll Michael Weiß einen geleasteten Dienstwagen im Wert von 140.000 Euro genutzt haben – samt einer Anhängerkupplung, die dem leidenschaftlichen Segler sehr nützte. Seiner Geliebten Andrea Braun, mit der er heute auf Zypern lebt und mittlerweile zwei Kinder hat, half er die Karriereleiter empor; zuletzt war sie Chefin des Tochterunternehmens Mitteldeutschen Leasing AG (MDL). Die Rede war vom „Intrigantenstadl“. Die Staatsregierung freilich gab sich unbeirrt: Weiss und sein Vorstandskollege Rainer Fuchs seien exzellente Banker,

² Seiten 16–18.

lobte der inzwischen zum Ministerpräsidenten aufgestiegene Georg Milbradt, der aller Unruhe im Landtag zum Trotz die Hand schützend über Manager hielt.

Das änderte sich schlagartig Ende Februar 2005, als die Nachricht einschlug, die Staatsanwaltschaft durchsuche die Landesbank. Anlass waren Meldungen über ein aktienrechtliches Dokument, das rückdatiert wurde – ein Fall von Urkundenfälschung also, der für das Renommee einer Bank katastrophal ist. Erst jetzt ließen Milbradt und sein Finanzminister Horst Metz (CDU) die Chefbanker fallen: In einem außergewöhnlichen Auftritt im Landtag verkündete der hochrote Regierungschef, Fuchs und Weiß übernehmen die „politische Verantwortung“ für den Vorfall und hätten ihrer Abberufung zugestimmt. Der kaum verbrämte Rauswurf war handwerklich dilettantisch vorbereitet; Fuchs bestritt später vor dem Untersuchungsausschuss, in den Rücktritt eingewilligt zu haben, und klagte gegen Milbradt. Dieser wird seither von der Opposition wegen des Vorfalls der Lüge bezichtigt. Auch von seinem ungeliebten Vorgänger musste er sich geharnischte Kritik anhören: Kurt Biedenkopf, der Milbradt einst als ausgezeichneten Fachmann, aber miserablen Politiker gebrandmarkt hatte, beklagte in einem Brief³ an den „lieben Georg“, der „Ruf der Landesbank könnte heute nicht schlechter sein“. Das Debakel sei aber nicht allein den Vorständen anzulasten: „Dafür, Georg“, schreibt der „kleine König“ seinem Ex-Minister ins Stammbuch, „trägst Du die politische Verantwortung“. Er erwarte von ihm, fügte Biedenkopf streng an, „dass Du zu dieser Verantwortung auch öffentlich stehst“.

Spätestens mit den Vorfällen um das rückdatierte Papier und Milbradts Auftritt im Landtag war die Bank zum Thema für einen Untersuchungsausschuss⁴ geworden, der im April 2005 auf Antrag der LINKEN eingesetzt wurde. Das Gremium befasste sich zunächst mit einem Themenkomplex, der mit dem gefälschten Dokument in direktem Zusammenhang steht: den Vorgängen um die im Jahr 2000 gegründete Mitteldeutsche Leasing AG, die Züge einer Posse haben. Um die Gesellschaft hatte es erbitterten Streit mit dem Mitgesellschafter, dem Tutzinger Geschäftsmann und Biedenkopf-Freund Ludwig M. Hausbacher, gegeben. Die Geschäfte der MDL liefen sehr schlecht, was Fachleute dem Wirken der von Bankvorstand Weiß als alleinige Chefin durchgesetzten Andrea Braun – Weiß' Lebensgefährtin – zuschreiben. Die Sachsen LB und Hausbacher gerieten vor diesem Hintergrund in heftigen Streit über

³ Seiten 23,24 / ⁴ Seite 3, 27

den Wert ihrer MDL-Anteile. Der bayerische Unternehmer verlangte 140 Millionen Euro Schadenersatz. Der Streit landete vor Gericht und wurde erst im Oktober 2006 beigelegt; Hausbacher erhielt für seine Anteile 14,9 Millionen.

Bevor sich die Bank und Hausbacher einigten, kam es freilich zu einer filmreifen Episode, die unter dem Titel „Kubanische Nacht“ für Schlagzeilen sorgte.



Am Rande des Landespresseballs am 16. April 2005, also nur Tage vor der Landtagsentscheidung zum Untersuchungsausschuss, soll Finanzminister Horst Metz einem Emissär Hausbachers 35 Millionen Euro geboten haben, wenn der Konflikt beigelegt und so der Untersuchung im Parlament eine Spitze genommen wird. Über den genauen Ablauf der Unterredung bei Cuba Libre und Zigarren gab es später konträre Darstellungen; Metz behauptete, das Angebot sei von der Gegenseite unterbreitet worden; die weist das steif und fest von sich. Das Ansehen des stets auf sein Äußeres bedachten Ministers Metz nahm durch die heikle Affäre jedenfalls schweren Schaden.

Die Ämter büßten sowohl Metz als auch Milbradt erst durch dramatische Entwicklungen bei der Landesbank ein, deren Folgen freilich nicht nur für verantwortliche Politiker schmerzhaft sein dürften, sondern womöglich für alle sächsischen Bürger. Im August 2007 geriet die Sachsen LB ins Kentern – zunächst recht unvermittelt. Noch am 10. August hatte sie gemeldet, keine Liquiditätsprobleme zu haben. Zwei Wochen später benötigte sie jedoch einen Kreditrahmen von enormen 17,3 Milliarden Euro, den die Sparkassenorganisation zur Verfügung stellte. Diese Summe war gewaltig, reichte aber immer noch nicht aus. Als es eine erneute Forderung von 250 Millionen Euro an die Bank gibt, steht diese vor dem Kollaps – und kann nur gerettet werden, indem sie an ein solides Institut verkauft wird. Weil der Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Joachim Sanio⁵ sogar die Schließung der Bank für Montag, den 27. August, angedroht hatte,

Alle Warnungen ignoriert – „Dampfer Sachsen LB“ schlägt leck Finanzminister schmeißt hin – Freistaat droht Milliardenverlust

Ihre Ämter büßten sowohl Metz als auch Milbradt erst durch dramatische Entwicklungen bei der Landesbank ein, deren Folgen freilich nicht nur für verantwortliche Politiker schmerzhaft sein dürften, sondern womöglich für alle sächsischen Bürger. Im August 2007 geriet die Sachsen LB ins Kentern – zunächst recht unvermittelt. Noch am 10. August hatte sie gemeldet, keine Liquiditätsprobleme zu haben. Zwei Wochen später benötigte sie jedoch einen Kreditrahmen von enormen 17,3 Milliarden Euro, den die Sparkassenorganisation zur Verfügung stellte. Diese Summe war gewaltig, reichte aber immer noch nicht aus. Als es eine erneute Forderung von 250 Millionen Euro an die Bank gibt, steht diese vor dem Kollaps – und kann nur gerettet werden, indem sie an ein solides Institut verkauft wird. Weil der Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Joachim Sanio⁵ sogar die Schließung der Bank für Montag, den 27. August, angedroht hatte,

⁵ Seite 25

wurde am vorangehenden Wochenende bis Sonntag früh halb drei verhandelt. Dann war eine Grundlagenvereinbarung unter Dach und Fach, mit der das Ende der einzigen selbstständigen Landesbank in Ostdeutschland besiegelt und diese an die LBBW veräußert wurde. Der Verkauf sollte Ende 2007 wirksam werden – falls sich die wirtschaftliche Lage der Bank nicht weiter verschlechterte, so eine Klausel, die sich noch als folgenreich erweisen sollte.

Mit dem Schiffbruch vom August 2007 war eine Politik gescheitert, von der Experten bereits frühzeitig gewarnt hatten: das massive Engagement im riskanten Kapitalmarkt in einem Umfang, der die kleine Bank hoffnungslos überforderte. Zweckgesellschaften wie Ormond Quay und Georges Quay, die außerhalb der Bilanz geführt wurden und für deren Geschäfte mittels eines „valuation agreements“ ebenfalls der Freistaat die Haftung übernahm, kauften in großem Umfang Wertpapiere, was über die Ausgabe von Geldmarktpapieren finanziert wird. Die Wertpapiere sollen dabei über lange Zeiträume gehalten werden. Die komplizierte Strategie funktioniert nur, wenn die Bank zur Refinanzierung „über ausreichende Mittel verfügt“, wie der Rechnungshof betont. Sonst müssen die Papiere, deren Marktpreis stark schwankt, womöglich mit Verlust veräußert werden – was sich die Sachsen LB angesichts des Volumens der Geschäfte kaum leisten konnte: Selbst moderate Einbußen von drei Prozent hätten einen Verlust von einer halben Milliarde Euro verursacht, was die Sachsen LB nicht überlebt hätte.

In der Bank währte man sich auf der sicheren Seite – schließlich hatten Modellrechnungen ergeben, dass die Zweckgesellschaften auch eine Lage wie die Russland-Krise der 90er Jahre ohne Probleme überstehen würden. Von außen aber waren Warnungen gekommen. Nicht nur hatte die PDS bereits im März 2005 im Landtag auf Risiken hingewiesen, was Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) Milbradt als „unbegründet und geschäftsschädigend“ abkanzelte. Die BaFin hatte gemahnt, die Strategie sei nur so lange sicher, wie es nicht zu Marktstörungen kommt. Es habe Warnungen im Dutzend gegeben, erfuhr später der Untersuchungsausschuss. Zu einem Umlenken kam es nicht. Auch die Aufseher der Bank währten die Bank in Sicherheit: Der Kreditausschuss habe die „aus dem steigenden Volumen resultierende Gefahr ignoriert“, so der Rechnungshof. Ob indes die Mitglieder überhaupt die nötigen Fachkenntnisse hatten, um sie zu erkennen, ist offen. Auf einer fünf Tage währenden Reise nach Dublin seien sie jedenfalls nicht vermittelt worden, merken die Kassenprüfer lakonisch an. Dort wurden vor allem Sehenswürdigkeiten in Augenschein genommen; die Sitzung des Kreditausschusses fand erst am Rückreisetag statt und dauerte ganze zwei Stunden.



Dr. Horst Metz (CDU), Sächsischer Ex-Finanzminister

Einige Jahre liefen die Geschäfte mit den Zweckgesellschaften. Im Sommer 2007 jedoch traten die Störungen, vor denen die Bankenaufsicht gewarnt hatte, ein – und sie legten sich auch, anders als erhofft, bis zum Ende des Jahres nicht. Im August hatte Milbradt noch gebeten, man möge „die positiven Seiten des Geschäfts“ sehen: Die lange angestrebte Verbindung mit einer großen Bank sei durch den Verkauf an die LBBW vollzogen; technisch handle es sich ja um eine Fusion. Die Landesbank sei „im sicheren Hafen“ und Sachsen „mit einem blauen Auge davongekommen“. Die Schuld wälzte er auf den Vorstand ab, der „in der Krise nicht mehr handlungsfähig“ gewesen sei.

André Hahn, Chef der Linksfraktion, sprach hingegen vom „finanzpolitischen Offenbarungseid“ des lange als Finanzexperten gefeierten Regierungschefs. Seinen Hut nahm dieser indes zunächst nicht – im Gegensatz zu Finanzminister Horst Metz, der Ende August abdankte.

Milbradt sah sich daher mit erneuten Rücktrittsforderungen konfrontiert, als die Bank auch im Dezember wie ein leckerer Dampfer auf hoher See trieb. Unter Verweis auf die Rücktrittsklausel und die anhaltend miese Lage der Sachsen LB verlangte die LBBW nun, Sachsen solle sämtliche Risiken in Milliardenhöhe übernehmen. Man habe „die Wahl zwischen Erschießen und Erhängen“, lautete ein kolportiertes Zitat eines Unterhändlers – was der Chef der Landtagslinken André Hahn kommentierte, man sei danach „in jedem Falle tot“. Im Landtag folgte eine Krisensitzung auf die nächste. Als Milbradt am 13. Dezember mitteilte, Sachsen müsse eine Bürgschaft über 2,75 Milliarden Euro übernehmen, verlangte die LINKE erneut seinen Rücktritt. Zorn zog die Regierung dabei nicht nur wegen des Debakels auf sich, sondern auch, weil über die Milliarden-Bürgschaft nicht einmal der Landtag entscheiden durfte: Sie wurde lediglich im Finanzausschuss besiegelt, ein Nachtragsetat wurde verweigert. Eine Woche später stellte Martin Dulig, Fraktionschef der an der Regierung beteiligten SPD, fest, der „politische Dispositionskredit des Ministerpräsidenten ist bis zum Anschlag ausgereizt“. Milbradt indes klammert sich noch bis Ende Mai 2008 an seinen Stuhl. Erst dann tritt auch er als Ministerpräsident und CDU-Landeschef zurück.

„Schwarzer Peter“ als Wanderpokal – Schuldfrage bleibt unbeantwortet Untersuchungsausschuss kann Verantwortlichkeiten nicht mehr klären

Während die Reste der sächsischen Landesbank im April 2008 in der LBBW aufgingen, setzte sich im Freistaat der Streit darüber fort, wer für die Pleite die Verantwortung trägt – nicht zuletzt in dem Untersuchungsausschuss, der sich seit Januar 2008 auch mit dem Bankdebakel beschäftigte. Ein Gutachten der Beratungsgesellschaft Ernst & Young, das die Regierung in Auftrag gab, entlastet die Politik und schiebt alle Schuld den Bankern zu. Auch Milbradt hält stur an der Überzeugung fest, die Kapitalmarktgeschäfte seien „nicht per se risikoträchtig“; fatal sei also nicht die Strategie gewesen, sondern Ausmaß und Zeitpunkt der Geschäfte: „Die Qualität stimmte, allerdings später nicht ihr Umfang.“ Im Übrigen seien die Fehlentscheidungen „ab Mitte 2004“ getroffen worden – zu einem Zeitpunkt, als er nicht mehr Finanzminister war. Dagegen betonte Linksfraktionschef Hahn, das Debakel sei nicht „Eigenmächtigkeiten einiger wild gewordener Bankmanager“ geschuldet; vielmehr folgte die Bank „landespolitischen Vorgaben“. Deren Urheber sei Milbradt gewesen – oder, wie der Chef der stärksten Oppositionsfraktion stichelte, „Georg, der Gescheiterte“.



Was bleibt von Sachsens Landesbank, auf die „wir besonders stolz waren“, wie Kurt Biedenkopf schreibt? Es bleibt eine kleine Tochter der LBBW, die wieder das tut, was einst auch Aufgabe ihrer Vorgängerin gewesen wäre. Sie kümmert sich um Privat- und Firmenkunden. Was noch bleibt, sind viele unbeantwortete Fragen im Untersuchungsausschuss des Landtages, dessen Arbeit mit dem Ende dieser Legislaturperiode im Jahr 2009 beendet ist. Und es bleibt viel zu tun für die Staatsanwälte, die Regressansprüche gegenüber

Vorständen, aber auch früheren Mitgliedern der Aufsichtsgremien prüfen. Und es bleibt nicht zuletzt der ramponierte Ruf eines Landes, das sich einst für seine solide Finanzpolitik feiern ließ und dessen Repräsentanten gern als Lehrmeister über andere Länder auftraten.

Eine Mitschuld an dem Debakel hat bislang freilich keiner der einst Verantwortlichen offen eingeräumt. Stets heißt es, die fatalen Fehlentscheidungen seien zu einer anderen Zeit oder in einem anderen Gremium getroffen worden – oder es habe sie gar nicht gegeben: Dass die Bank krachen ging, sei der Finanzkrise geschuldet, die auch andere, größere, renommierte Institute in den Ruin getrieben habe. Im Bericht, den der Rechnungshof des Freistaats im März 2009 vorlegte, findet sich dazu freilich ein bemerkenswerter Satz. Die Finanzkrise sei „nicht Ursache der enormen Schäden“, schreiben die Prüfer der Landespolitik ins Stammbuch, „sondern die Folge des unprofessionellen und sorglosen Handelns vieler Akteure am Finanzmarkt“.

Über diese grundlegende Einsicht lohnt es sich nachzudenken, während auf Paphos oder in Pappritz unschuldig die Sonne untergeht.



Pressemitteilung des Sächsischen Rechnungshofes zum Sonderbericht zur Landesbank Sachsen Girozentrale

Der Sächsische Rechnungshof hat am heutigen Tag (16. März 2009, d. Red.) der Sächsischen Staatsregierung und dem Sächsischen Landtag den Sonderbericht nach § 99 SäHO zur Landesbank Sachsen Girozentrale (SLB) übergeben.

Der Sächsische Rechnungshof hat nach dem Notverkauf der SLB versucht nachzuvollziehen, wie bei der SLB die „finanzielle Schieflage“ entstand, die von der Bank allein nicht bewältigt werden konnte. Die Berichterstattung zu den Vorgängen, soweit sie dem Sächsischen Rechnungshof zugänglich waren, ist angesichts der Vermögensverluste, die eingetreten sind und ggf. noch eintreten werden, notwendig. Nur wenn die Ursachen offen gelegt werden, können Fehler für die Zukunft vermieden werden. Der Sächsische Rechnungshof hat sich darum bemüht, den Umfang des Schadens für das Land und die aus seiner Sicht Verantwortlichen zu ermitteln. Weiterhin untersuchte er, ob der Freistaat Sachsen umfassend prüfen lässt, welche Ansprüche auf Schadenersatz er geltend machen kann.

Der Sächsische Rechnungshof ist mit dem Sonderbericht zu folgenden wesentlichen Ergebnissen gekommen:

Der Verkauf der SLB an die Landesbank Baden-Württemberg und die Übernahme der Garantie in Höhe von 2,75 Mrd. € hat die Insolvenz der SLB vermieden. Die Lösung war vertretbar, da sie den Freistaat Sachsen vor größerem Schaden bewahrte. Bisher ist den Anteilseignern ein Schaden von mindestens rd. 364 Mio. € entstanden, der sich durch eine Inanspruchnahme aus der Garantie erhöht.

Die SLB wurde zu einer Kapitalmarktbank umgebaut, obwohl sie sich vorrangig auf die Verfolgung eines wichtigen staatlichen Interesses hätte beschränken müssen. Der Anteil der Kapitalmarktaktivitäten der SLB-Gruppe am Betriebsergebnis betrug in den Jahren 2002 bis 2006 im Durchschnitt 82 %. Der öffentliche Auftrag und damit der Heimatmarkt standen nicht mehr im Vordergrund.

Zur Abwicklung der Kapitalmarktgeschäfte erweiterte der Vorstand der SLB die unbegrenzte Haftung des Freistaates durch eine so genannte harte Patronatserklärung auf die Tochtergesellschaft Sachsen LB Europe plc, Dublin. Dem Vorstand fehlte dafür eine Ermächtigung.

Die Tochtergesellschaft dehnte die Staatshaftung mit einem so genannten Valuation Agreement auf Verluste der Zweckgesellschaft Ormond Quay Funding plc aus. Der Kreditausschuss der SLB ermöglichte die Ausdehnung der Geschäfte bis zur Höhe von 43 Mrd. €. Damit war ein Gefährdungspotenzial von nahezu dem Dreifachen des Staatshaushaltes vorhanden.

Das Geschäft mit den Verbriefungsprodukten wurde vor allem kurzfristig refinanziert. Die Größenordnung der sich daraus ergebenden Marktpreis- und Liquiditätsrisiken stand in keinem Verhältnis mehr zur Größe der SLB. So stand dem Volumen der Kapitalmarktgeschäfte Ende 2006 mit rd. 41 Mrd. € nur ein Kernkapital der SLB von rd. 1,4 Mrd. € gegenüber. Das führte bereits mit ersten Marktstörungen im Sommer 2007 zum Ende der Bank.

Führungskräfte der SLB versäumten es, die Risiken aus den Valuation Agreements des Ormond Quay Funding plc ordnungsgemäß in die Risikoberichterstattung aufzunehmen. Anzeichen für aufkommende Marktstörungen beachteten die Verantwortlichen ungenügend.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hatte bereits 2005 darauf hingewiesen, dass dieses Geschäftsmodell nur ohne Marktstörungen funktioniere. Trotzdem wurden die Geschäfte immer schneller ausgeweitet. Allein im 1. Halbjahr des Jahres 2007 wurden noch 3,4 Mrd. € investiert.

Der Verwaltungsrat ist seiner Pflicht zur Selbstinformation über Lage und Entwicklung der SLB-Gruppe nicht ausreichend nachgekommen. Existenzbedrohende Geschäfte wie das Valuation Agreement für Ormond Quay Funding plc erkannte er nicht und hat die Entscheidungen des Kreditausschusses nicht verhindert. Er hat bei seiner Aufgabe versagt.

Der Kreditausschuss ignorierte die aus dem steigenden Volumen resultierende Gefahr für die Bank. Unterlagen, die eine regelmäßige Überprüfung der Tragfähigkeit der verfolgten Strategie belegen, lagen nicht vor. Eine Darlegung des Verhältnisses von Ertrag und Risiko wurde nicht eingefordert. Diese Versäumnisse begründen einen Verstoß gegen die bestehenden Sorgfaltspflichten. Der Sächsische Rechnungshof begrüßt, dass das Sächsische Staatsministerium der Finanzen die Haftung der Organmitglieder (Kreditausschuss, Verwaltungsrat) prüfen lässt.

Die Vorstände der SLB haben durch die ständige Ausweitung der Kapitalmarktgeschäfte die SLB in eine zunehmende Schiefelage geführt und damit ihre Sorgfaltspflichten verletzt. Ihre zivilrechtliche Inanspruchnahme für

eine Haftung wird derzeit geprüft. Nach Kenntnis des Sächsischen Rechnungshofs ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Leipzig.

Das Risiko wurde in den Jahresabschlüssen nicht dargestellt. Der Abschlussprüfer problematisierte die Haftungslage der Bank nicht. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen lässt Haftungsansprüche prüfen.

Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen hat es als Rechtsaufsicht versäumt, die bestehenden Beschränkungen für die Haftung bei der Beteiligung von Tochtergesellschaften auch für die Zweckgesellschaften anzunehmen. Damit wäre ein Valuation Agreement ohne Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde nicht möglich gewesen.

Die Kontrolle der Aufgabenerfüllung und die Bewahrung der Vermögenswerte staatlicher Unternehmen ist Aufgabe der Beteiligungsverwaltung beim Sächsischen Staatsministerium der Finanzen. Die Beteiligungsverwaltung wusste, dass beim Ormond Quay Funding plc jegliches Risiko eines Werteverfalls letztlich über die Gewährträgerhaftung beim Freistaat Sachsen lag. Sie hätte die Größenordnung der außerbilanziellen Kapitalmarktgeschäfte angesichts des bekannten realisierten und geplanten Volumens des Ormond Quay Funding plc problematisieren müssen. Der Sächsische Rechnungshof folgt nicht der Argumentation des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, dass es keine Einwirkungsmöglichkeiten auf die SLB gehabt hätte.

Die Finanzkrise ist nicht die Ursache der enormen Schäden, sondern die Folge des unprofessionellen und sorglosen Handelns vieler Akteure am Finanzmarkt. Der Hinweis des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen auf die weltweite Finanzkrise entlastet die jeweiligen Akteure nicht. Sie hatten die Verantwortung für die SLB und damit für Vermögen des Freistaates Sachsen.

Der Sonderbericht ist auf der Internetseite des Sächsischen Rechnungshofs (www.rechnungshof.sachsen.de) verfügbar.

Quelle: www.rechnungshof.sachsen.de



Klaus Tischendorf: „Man musste nicht hinsehen, wenn es brennt.“

Das Debakel der Landesbank ist ein Musterbeispiel für organisierte Verantwortungslosigkeit, sagt **Klaus Tischendorf, Obmann der Fraktion DIE LINKE** im Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags zur Sachsen LB.

Für das Debakel der Sachsen LB hat bislang niemand die politische Verantwortung übernommen. Wer stünde in der Pflicht?

Klaus Tischendorf: Einige haben Verantwortung ja indirekt eingeräumt, indem sie von politischen Ämtern zurückgetreten sind. Zwar hat Finanzminister Horst Metz das mit seiner Gesundheit und Ministerpräsident Georg Milbradt mit seinem Alter begründet, aber der Zusammenhang mit dem Bankdebakel liegt auf der Hand. Zudem haben viele Vorstandsmitglieder der Bank wegen des öffentlichen Drucks ihre Posten räumen müssen. Der Untersuchungsausschuss hat damit gewissermaßen einen Reinigungsprozess bewirkt, wenn auch nicht in der von uns beabsichtigten Weise. Wir wollten, dass sich die Bank wieder auf die Aufgaben konzentrieren kann, für die

sie ursprünglich gegründet wurde. Leider mündeten die Fehlsteuerung durch die Politik und die Misswirtschaft statt dessen im Notverkauf der Bank.

Was war das Motiv für den fatalen Strategiewechsel von einer Bank, die sich um Sachsens Mittelstand kümmern sollte, zur Bank, die am weltweiten Kapitalmarkt spekuliert?

Ende der 90er Jahre wurde deutlich, dass das Kreditgeschäft in Sachsen die Bank nicht mehr trägt. Die Bank war zu klein, der Erlös zu gering, weil der Markt in Sachsen zu begrenzt war. Man stand vor der Wahl, die Bank abzuwickeln, zu verkaufen oder zu einer Geschäftsbank umzubauen, die in Konkurrenz zu den Sparkassen steht, wie es die heutige LBBW-Tochter Sachsen Bank mit Erfolg praktiziert – oder eine ertragreicher Strategie zu entwickeln. Dafür wurde zunächst die Landesbank in einen Verbund mit den Sparkassen überführt, um sie zu stabilisieren, wodurch die Sparkassen faktisch in Haftung genommen wurden. Gleichzeitig bestimmten deren Anteilseigner die Ziele der Bank, darunter auch die angestrebten Erlöse. Die hätten sich mit dem klassischen Kreditgeschäft nie erwirtschaften lassen. Man engagierte sich daher in verschiedenen anderen Geschäftsfeldern, die auch allesamt schief gingen: Leasing, Immobilien und anderes. Auch hier hätte man erneut einen Strich unter das Kapitel einer eigenständigen Landesbank ziehen können, was man aber unterließ. Schließlich entschied man sich für den Kapitalmarkt und ließ das Roulettespiel in Dublin zu. Es war wie bei der Titanic: Sie fuhr nicht auf den Eisberg, weil der Kapitän unfähig gewesen wäre, sondern weil die Besitzer um jeden Preis das Blaue Band erringen wollten. Auch für die Sachsen LB haben die Eigentümer Ziele vorgegeben, die ohne unverantwortliches Risiko gar nicht zu erreichen waren. Politische Verantwortung trägt, wer diese Ziele vorgibt.

Was wirkte beim Debakel schwerer: strategische Fehlentscheidungen oder mangelhafte Aufsicht?

Es gab beides. Unter maßgeblicher Beteiligung der Politik wurde 2000/2001 die falsche strategische Entscheidung für das Engagement am Kapitalmarkt gefällt. Milbradt und Metz haben diesen Kurswechsel maßgeblich vorangetrieben. Zugleich ist die Landesbank ein Muster für organisierte Verantwortungslosigkeit. Es gab Strukturen für Lenkung und Aufsicht, die aber dafür sorgen, dass am Ende keiner die Gesamtverantwortung hat. Ein Beispiel ist die kunstvolle Teilung von Fach- und Rechtsaufsicht, die dazu führt, dass das sächsische Finanzministerium wegen der ungenügenden Bewertung der Risiken mit dem Finger auf die Bundesbehörde BaFin weisen konnte. Man

hat dieses Instrument in Dresden bewusst genutzt, um für Risiken nicht zuständig zu sein. Die riskanten Geschäfte wurden ja deshalb in Zweckgesellschaften ausgelagert, weil diese nicht mehr der Rechtsaufsicht des Freistaats unterliegen. Man musste dann nicht mehr hinsehen, wenn es brennt, weil man ja formal nicht zuständig war.

Aufsicht und Steuerung der Bank oblag Gremien wie Verwaltungsrat und Kreditausschuss. Nicht nur der Rechnungshof bezweifelt, dass die dort vertretenen Landespolitiker fachlich dafür gerüstet waren. Wie sind sie ihrer Aufgabe nachgekommen?

Bei aller berechtigten Kritik an den Gremien und ihren Mitgliedern muss man darauf hinweisen, dass den Vorsitz in jedem Fall der Finanzminister innehatte. Dieser und das Ministerium haben die Bank über all die Jahre begleitet, sie haben Grundsatzentscheidungen gefällt und hätten dem Vorstand auf die Finger sehen müssen. Der Minister war auch dafür zuständig, wie Informationen in den Gremien übermittelt und Kommunikation organisiert wurde. Wir wissen aber, dass kritische Fragen von Mitgliedern des Verwaltungsrates eben nicht in den Kreditausschuss getragen wurden, wo über enorme Summen im Stundentakt entschieden wurde. Es ist davon auszugehen, dass solche Einwände bewusst verschwiegen wurden. Der Finanzminister hätte dafür sorgen müssen, dass die Gremien arbeitsfähig sind.

Die Geschicke der Sachsen LB sind besonders eng mit dem Namen von Georg Milbradt verknüpft, der aber erklärt, die jetzt so stark kritisierte Strategie sei erst nach seiner Ablösung als Finanzminister beschlossen und gravierende Fehlentscheidungen seien erst nach 2004 getroffen worden. Welche Schuld trägt Milbradt am Debakel?

Die Bank war Milbradts liebstes Kind. Auch den Strategiewechsel hin zu den riskanten Geschäften am Kapitalmarkt hat er selbst eingeleitet; nur seine überraschende Entlassung durch Ministerpräsident Biedenkopf sorgte dafür, dass andere sie formal besiegeln mussten. Zudem belegen Unterlagen und Zeugenaussagen im Untersuchungsausschuss, dass Milbradt auch als Ministerpräsident Informationen und Unterlagen aus Bankgremien erhielt, obwohl er formal nicht mehr zuständig war. Er ist immer informiert worden und hat sich informieren lassen. Und darüber hinaus gilt, was Biedenkopf in seinem Brief an Milbradt schreibt: Ein Ministerpräsident hat immer die politische Verantwortung für das, was unter seiner Regierung schief läuft.

Weil die Wahlperiode in Sachsen im Sommer 2009 endet, muss der Untersuchungsausschuss seine Arbeit beenden. Gleichzeitig sind die maßgeblichen Verantwortlichen nicht mehr im Amt. Hat das Gremium damit seine Pflicht erfüllt?

Der Ausschuss gehörte zu den bislang erfolgreichsten Untersuchungsausschüssen in Sachsen. Er hat – auch mithilfe zahlreicher Zeugenvernehmungen⁶ – zum einen aufgedeckt, wo die Regierung ihrer Pflicht zum Nachteil des Steuerzahlers nicht nachgekommen ist. Und er hat dafür gesorgt, dass politische Verantwortung übernommen wurde – wenn auch uneingestanden und unfreiwillig. Schließlich sind Rücktritte wie die von Milbradt, Metz und insgesamt acht Bankvorständen ein Eingeständnis von Versagen. Ohne den Druck der Ausschussarbeit wäre es zu diesen Rücktritten nicht gekommen.

Ist das Kapitel Sachsen LB mit dem Notverkauf und dem Ende des Untersuchungsausschusses geschlossen?

Nein. Denn während die politische Verantwortung auf der Hand liegt, steht man bei der Klärung der zivil- und strafrechtlichen Verantwortung noch ganz am Anfang. Zugleich zahlen die Sachsen insgesamt einen hohen Preis. Bereits jetzt ist ein Schaden in Millionenhöhe eingetreten, und der Freistaat bürgt für mögliche weitere Verluste in Höhe von 2,75 Milliarden Euro. In welchem Umfang diese Bürgschaft in Anspruch genommen werden muss, wird erst in vielen Jahren feststehen. Sie ist der Preis für die von Milbradt gehegte politische Idee einer eigenständigen Landesbank. Mit dem Geld hätte sich in Sachsen eine Menge zugunsten von Klein- und Mittelstandsförderung verändern lassen. Aber das Geld ist weg.

... und damit auch der gute Ruf der CDU-Finanzpolitik?

Die CDU hat stets den Linken vorgeworfen, sie könnten nicht mit Geld umgehen. Aber es waren CDU-Politiker, die mit dem Debakel der Landesbank Geld in einem Umfang verschleudert haben, den sich niemand auch nur hätte träumen lassen. Das Schlimmste ist: Jedes kleine Unternehmen muss seine Fördergelder ausführlich abrechnen und wird bei Unklarheiten unverzüglich und mit Nachdruck zur Rückzahlung aufgefordert. Beim Landesbank-Skandal hat die sächsische Staatsregierung die ganze Bank verzockt, aber niemand will dafür die politische Verantwortung übernehmen. Das wird unsere Fraktion der CDU aber nicht durchgehen lassen.

⁶ Seite 15

Mehr als nur Fußnoten – Dokumente zum Crash

Mit Datum von 4. März 2005 schrieb Prof. Kurt **Biedenkopf**, Ex-Ministerpräsident von Sachsen, einen persönlichen **Brief** an seinen Nachfolger Georg **Milbradt**, den er mit „Lieber Georg“ beginnt und nachfolgend zornig erklärt, warum er der Einladung zu Milbradts 60. Geburtstag nicht gefolgt war. Hier das Schreiben in Auszügen:

„Meine Abwesenheit hatte ihren Grund in den Vorgängen um die Landesbank, genauer in dem Versuch, in deren Verlauf ein Mitglied meiner Familie, Andreas Waldow, und mittelbar auch mich zu diskreditieren.

(...)

Erlaube mir aus gegebenem Anlass noch ein Wort zur politischen Verantwortung für die Vorgänge um die Landesbank und die MDL, welche in den spektakulären Rücktritten und ihren unmittelbaren Ursachen kulminierten, aber noch keineswegs abgeschlossen sind. Diese Verantwortung kann, entgegen den von ihnen abgegebenen Erklärungen weder von Herrn Weiss noch von Herrn Fuchs übernommen werden. Deren Verantwortung ist durch ihre Funktion als Vorstände der Landesbank und durch ihr persönliches Handeln definiert.

Die politische Verantwortung trägt vielmehr allein die Staatsregierung, konkret: der Ministerpräsident und der Finanzminister als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landesbank. Beide haben die entscheidende Ursache für die verheerende Entwicklung des MDL-Komplexes und deren Auswirkungen auf die Landesbank gesetzt, als sie zuließen, dass der Vorstand der Bank Frau Andrea Braun zum Vorstand der MDL bestellte und Frau Braun de facto ab Ende Januar 2003 bis zum Eklat der letzten Woche als Alleinvorstand der MDL tätig war.

Frau Braun besaß zum Zeitpunkt ihrer Berufung keinerlei unternehmerische Erfahrung. Sie hatte keine Ahnung vom Leasinggeschäft. Die Vertriebsleiter der MDL wandten sich bereits im Frühjahr 2003 mit der dringenden Bitte um Abhilfe an Herrn Weiss und den Vorsitzenden des Verwaltungsrates. Gleichwohl haben die Staatsregierung und der Verwaltungsrat damals und auch im weiteren Verlauf der Entwicklung keine Veranlassung gesehen, neben Frau Braun zumindest einen Nachfolger für Herrn Hausbacher in den Vorstand der MDL zu berufen. Nur so hätten sie jedoch sowohl der augenscheinlichen Überforderung des Alleinvorstandes – als auch dem in der Sparkassenwelt allgemein beachteten Vier-Augen-Prinzip Rechnung tragen können. Ende 2003 und im Frühjahr 2004 habe auch ich Dich gebeten, diesem Missstand abzuhelpen. Du

hast jedoch auch dann keinen Anlass gesehen einzugreifen oder dem Finanzminister eine Erweiterung des Vorstandes der MDL nahelegen. Stattdessen hast Du Frau Braun in ihrer Position als Alleinvorstand auch weiterhin uneingeschränkt unterstützt.

Dass es sich bei der ordnungsgemäßen Besetzung des Vorstandes der MDL um eine Angelegenheit des Verwaltungsrates und der Rechtsaufsicht des Freistaates handelt – und nicht eine alleinige der Landesbank – steht außer Frage. Die MDL ist eine unmittelbare Tochter der Landesbank und unterliegt schon deshalb der Aufsicht durch Verwaltungsrat und Freistaat. Hinzu kam, dass Herr Weiss mit der Berufung von Frau Braun eine wesentliche Bedingung verletzte, welche der damalige Finanzminister de Maiziére unter meiner politischen Verantwortung an die Verlängerung des Vorstandsvertrages von Herr Weiss geknüpft hatte. Bedauerlicherweise hat sein Nachfolger im Amt nicht auf der Einhaltung der Bedingung bestanden.

(...)

Ebenso kann ich nicht verstehen, dass die Staatsregierung das immer offensichtlichere Risiko in Kauf genommen hat, mit der MDL auch die Reputation der Landesbank zu gefährden. An einem Mangel an Information kann es nicht gelegen haben. Staatsregierung und Finanzminister waren über jeden Vorgang, jeden Prozess und jedes Urteil unterrichtet Sie wussten, dass sich die Vorwürfe des Vorstandes der Landesbank gegen Hausbacher sämtlich vor Gericht als unhaltbar erwiesen hatten. Obwohl sie durch das OLG Dresden Anfang Januar auf den schwerwiegenden Verdacht eines Prozessbetruges öffentlich hingewiesen wurden, sahen sie immer noch keine Veranlassung, tätig zu werden. Vielmehr sprachen sie der Führung der Landesbank ihr volles Vertrauen aus. Du selbst hast Deine Entscheidung, Dich vor Herrn Weiss zu stellen, noch am letzten Freitag mit der Pflicht begründet, das Land vor Schaden zu schützen.

Tatsächlich ist dem Land durch das Handeln der Staatsregierung während der letzten gut zwei Jahre ein erheblicher Schaden entstanden. Für ihn trägt auch der MP die politische Verantwortung. Der Ruf der Landesbank könnte heute nicht schlechter sein. Die Institution – die einzige ostdeutsche Landesbank – auf die wir besonders stolz waren, ist notleidend geworden. Und das in einer Zeit, in der wir in besonderer Weise auf die Finanzierung unternehmerischer Anstrengungen und Arbeitsplätze durch die Landesbank und den Finanzverbund angewiesen sind. Es wird lange dauern und große Anstrengungen erfordern, bis das verloren gegangene Vertrauen wieder gewonnen werden kann. Dafür, Georg, trägst Du die politische Verantwortung. Ich erwarte von Dir als meinem Nachfolger, dass Du zu dieser Verantwortung auch öffentlich stehst.“



In einem **Brief** an den Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen Prof. **Georg Milbradt** vom 25. August 2007 - kurz vor dem Notverkauf der Sachsen LB an die LBBW - erklärte der **Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Jochen Sanio**, Milbradt persönlich und mehrfach auf die Brisanz des Agierens der Landesbank hingewiesen zu haben. Aus dem Schreiben geht auch hervor, dass der von der Sachsen-CDU als Erfolg gefeierte Nacht-und-Nebel-Notverkauf des landeseigenen Geldhauses nicht der „Geniestreich“ des Ministerpräsidenten schlechthin war, sondern eine von der BaFin alternativlos geforderte Maßnahme. In dem Brief heißt es u.a.:

„(...) Ich beziehe mich auf unsere Telefonate, in denen ich Ihnen dargelegt habe, dass sich die Sachsen LB in einer kritischen, ihre Existenz bedrohenden Lage befinden. Die Bank steht hierbei auch auf Grund der anstehenden ad hoc-Meldepflicht unter einem hohen Zeitdruck, eine tragfähige Lösung zu finden. Sollte die Bank nicht sehr schnell auf eine neue wirtschaftliche Basis gestellt werden, würde sich die Frage bankaufsichtlicher Maßnahmen stellen.

(...)

In der jetzigen Situation kommt es entscheidend darauf an, dass die in Aussicht genommene „Grundlagenvereinbarung“ kurzfristig von allen Beteiligten rechtlich wirksam unterzeichnet werden kann, um die unter starkem Druck stehende Sachsen LB zu stabilisieren. Da eine Alternative zu der jetzt angestrebten Lösung nicht sichtbar ist, sollte die Vertragsunterzeichnung nicht durch eine sich länger hinziehende Genehmigungsprozedur verzögert werden.

(...)“

Prominenz aus Politik und Finanzwelt im Zeugenstand

Der von der Linksfraktion durchgesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Sächsischen Landesbank lud zwischen seiner Einsetzung im Jahr 2005 und Juni 2009 insgesamt 57 Zeugen vor.

Unter den 29 Zeugen, die allein auf Antrag der Fraktion DIE LINKE vor dem Untersuchungsausschuss aussagen mussten, waren zahlreiche bekannte



v. l.: Ex-Finanzminister Dr. Horst Metz, Ex-Ministerpräsident Prof. Georg Milbradt (beide CDU)

Personen aus der Politik und der Finanzwirtschaft, darunter mit **Kurt Biedenkopf, Georg Milbradt und Stanislaw Tillich** zwei frühere und der aktuelle Ministerpräsident des Landes. Mit **Thomas de Maizière und Horst Metz** waren zwei frühere Finanzminister vorgeladen, die Vorstände der Sachsen LB **Michael Weiss, Rainer Fuchs** sowie **Andrea Braun** als Chefin der Banktochter MdL waren ebenfalls als Zeugen einbestellt worden. Mit dem Präsidenten des Sächsischen

Landesrechnungshofes Franz Josef Heigl, dem Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Jochen Sanio und dem Vorstandsvorsitzenden der Sachsen-Finanzgruppe Joachim Hoof reiste weitere Prominenz aus der Finanzwelt zur Befragung nach Dresden.

Die Anträge zur Anhörung von drei weiteren Zeugen sind durch die Linksfraktion zwar gestellt, werden aber aufgrund der zu Ende gehenden Legislaturperiode und dem damit verbundenen Ende des Untersuchungsausschusses nicht mehr realisiert werden können. Die durch DIE LINKE vorgeladenen Zeugen Herbert Süß, Werner Eckert, Stefan Leusder und Yvette Bellative-Hövermann – alles Ex-Vorstände der Sachsen LB – konnten vor dem Ausschuss die Aussage verweigern, da zum Zeitpunkt der Vorladung Ermittlungsverfahren eingeleitet und eröffnet worden waren.

(*Übrigens:* Andrea Braun, die heute auf Zypern lebende frühere Geschäftsführerin der Banktochter MDL wurde unterdessen wegen Beihilfe zur uneidlichen Falschaussage zur Zahlung von 80 Tagessätzen zu 60 Euro verurteilt.)

Verantwortungen klären: Antrag auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages

Im Rahmen der 99. Landtagssitzung am 24. Januar 2008 begründete der Vorsitzende der Linksfraktion Dr. André Hahn, warum der Untersuchungsauftrag des Ausschusses zur Sachsen LB erweitert werden muss.

Das Parlament stimmte danach mehrheitlich für den Dringlichen Antrag der Linksfraktion und der Fraktion GRÜNE (*Drucksachen 4/10912 und 4/1397*).

Rede von MdL Dr. André Hahn zum Thema: Ergänzung des Untersuchungsauftrages des Untersuchungsausschusses „Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Staatsregierung und ihrer Mitglieder bei der Aufgabenwahrnehmung in und der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen gegenüber der Landesbank Sachsen Girozentrale (Sachsen LB), deren direkten und indirekten Beteiligungen an Tochterunternehmen, verbundenen, assoziierten und sonstigen Unternehmen seit dem 1. Januar 1992 sowie direkte und indirekte Einflussnahmen der Staatsregierung, ihrer Mitglieder und der Bediensteten der Staatsministerien auf diese und die Auswirkungen für die unmittelbaren und mittelbaren Anteilseigner der Sachsen LB“

(Es gilt das gesprochene Wort)

Als die Mitglieder der PDS-Fraktion im April 2005 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema „Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Staatsregierung und ihrer Mitglieder bei der Aufgabenwahrnehmung in ihrer Aufsichtsfunktion gegenüber der Sachsen LB sowie deren Tochterunternehmen“ durchsetzten, war wohl den meisten Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Haus noch nicht klar, welche Dimensionen dieser Ausschuss einmal erreichen könnte und welche Auswirkungen die Fehlentscheidungen der Bank durch das Management und politische Verantwortungsträger für den Freistaat Sachsen später tatsächlich haben würden.

Bereits im ursprünglichen Einsetzungsauftrag wurden die fragwürdigen Geschäfte der Landesbank-Tochter Sachsen LB Europe in Dublin thematisiert, und schon damals ging es uns auch um möglicherweise außerhalb der Bilanz geführte Wertpapierdepots, die eventuell später notleidend werden könnten. Auch wir haben uns 2005 allerdings nicht vorstellen können, dass daraus womöglich Milliardenverluste entstehen könnten, für die das Land haften müsste.

Sie alle kennen die Entwicklung seit dem August vergangenen Jahres vom Notverkauf der Landesbank an die LBBW bis hin zur Übernahme einer Garantie bzw. Bürgschaft des Freistaates Sachsen von bis zu 2,75 Milliarden Euro Ende 2007.

Wir als Linksfraktion meinen: Es ist geradezu die Pflicht des Parlamentes, die Vorgänge und Hintergründe, die zu dieser dramatischen Entwicklung geführt haben, aufzuklären und die dafür politisch Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dies kann und sollte aus unserer Sicht im bereits bestehenden Untersuchungsausschuss zur Sachsen LB geschehen. Damit der Ausschuss aber auch die jüngsten Ereignisse unter die Lupe nehmen kann, bedarf es einer Erweiterung bzw. Konkretisierung seines Auftrages, denn nach der geltenden Rechtslage kann der Ausschuss ansonsten im Wesentlichen nur Dinge untersuchen, die vor dem Datum seiner Einsetzung stattgefunden haben oder zumindest dort ihren Ausgang hatten.

Um die Vorgänge im letzten halben Jahr im bestehenden Untersuchungsausschuss thematisieren zu können und insbesondere auch den bereits geladenen Zeugen keine Chance zu geben, sich unter Verweis auf den ursprünglichen Einsetzungsauftrag einer Befragung zu den aktuellen Dingen entziehen zu können, erscheint es geboten, den Auftrag des Ausschusses entsprechend anzupassen. Dazu haben LINKE und Bündnisgrüne einen Antrag eingereicht, der Ihnen heute in einer Neufassung vorliegt. (...) Wir wollen die Vorgänge um den Zusammenbruch der Sachsen LB aufklären und das möglichst schnell. (...)

Im Falle der Annahme des vorliegenden Antrages dürfte der Ausschuss alle Landesbank-Vorgänge untersuchen, die vor dem heutigen Tag lagen bzw. dort ihren Ausgang nahmen, und auch alle künftigen Zeugen müssten bis zu diesem Zeitpunkt umfassend aussagen.

Die ersten Zeugen, die von dieser Neuregelung betroffen wären, sind der frühere Finanzminister und jetzige Kanzleramtsminister Thomas de Maiziére sowie Georg Milbradt, ebenfalls Ex-Finanzminister und vorübergehend noch amtierender Ministerpräsident. Wir halten es für zwingend erforderlich, dass beide auch zu den jüngsten dramatischen Ereignissen befragt werden können. Und wir von der Linksfraktion haben dazu sehr viele Fragen und werden die Betroffenen auch mit Fakten konfrontieren, die belegen, dass der Zusammenbruch der Landesbank nicht gottgegeben war, sondern aufgrund falscher politischer Vorgaben fast folgerichtig stattfand. Und es wird dabei auch um

die Frage gehen, ob das Desaster und die Folgekosten für die sächsischen Steuerzahler vermeidbar gewesen wären.

Die letzte Zeugenvernehmung im Untersuchungsausschuss hat diesbezüglich ja sehr interessante Dinge ergeben. So haben die Ausschussmitglieder vom früheren Chef der Landesbank-Tochter „Sachsen LB Europe“, Claus-Harald Wilsing, unter anderem erfahren, dass die ominöse Firma, die später ohne jede Sicherung mit Milliardenbeträgen auf den internationalen Kapitalmärkten jonglierte, am 4. Juni 1999 auf Einladung des damaligen Finanzministers Georg Milbradt binnen weniger Minuten in Prag gegründet worden war. Der Mann, der mit dem jetzigen Chaos nicht zu tun haben will, war also nicht nur Erzeuger der Sachsen LB, sondern auch Geburtshelfer der Dubliner Tochterfirma und ist damit ganz persönlich für die Milliarden Schäden verantwortlich.



*Dr. André Hahn, Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE*

Erhärtet wird dies dadurch, dass der Zeuge Wilsing in seiner Aussage auch mit der Legende aufräumte, die Staatsregierung sei von den Ereignissen in Dublin überrascht worden. Fest steht statt dessen: Alle milliardenschweren Großgeschäfte, die letztlich zum Ruin der Sachsen LB geführt haben, wurden vom Kreditausschuss der Landesbank entschieden. Den Vorsitz in diesem Ausschuss hatte der jeweilige Finanzminister inne, in den letzten zehn Jahren Georg Milbradt, Thomas de Maiziére und Horst Metz.

Der Ministerpräsident oder dann vielleicht schon der Bürger Georg Milbradt wird bei seiner Zeugenvernehmung am 31. März und 1. April auch auf folgende Frage antworten müssen: Warum lehnte die Staatsregierung im Sommer

2005 den Vorschlag von Bank-Manager Wilsing ab, die Tochter-Gesellschaft „Sachsen LB Europe“ mit einem Gewinn von rund einer halben Milliarde Euro zu verkaufen, obwohl der damalige Finanzminister Metz zunächst sogar Sympathien für diese Offerte erkennen ließ? Dabei wird im Kern zu untersuchen sein, ob der jetzt eingetretenen Milliarden-Schaden für den Freistaat Sachsen bei anderem Handeln der Regierung womöglich komplett vermeidbar gewesen wäre.

Der Untersuchungsausschuss wird auch noch andere Punkte zu klären haben. Zum Beispiel die Frage, was es mit dem Verkauf des angeblich mehr als vier Milliarden schweren so genannten Sachsenfonds der Landesbank an eine bayerische Firma auf sich hat, der zwischen Weihnachten und Neujahr 2007 fast als geheime Kommandosache über die Bühne ging, wie „Die Welt“ am 29. Dezember berichtete. Einer der ganz wenigen noch werthaltigen Fonds der Sachsen LB, der auch 2007 noch Gewinne brachte, wurde in einer Nacht-und Nebel-Aktion für einen geheim gehaltenen Kaufpreis verschertelt, anstatt mit den offenbar auch künftig zu erwartenden Einnahmen die absehbaren dramatischen Verluste der Landesbank wenigstens zu minimieren. Die Linksfraktion will wissen: Was steckt hinter dem überstürzten Verkauf des fraglichen Fonds? Ging es nur um eine Schönfärbung der Jahresbilanz 2007 oder geht es dabei um ganz andere Dinge, um ganz höhere Beträge?

Denn schließlich handelt es sich dabei doch wohl um jenen Fonds, mit dem die Landesbank zu für die Anleger geradezu paradiesischen Steuerkonditionen Hollywoodfilme sowie Schiffe und Flugzeuge finanzierte. Nach Angaben eines Zeugen im Untersuchungsausschuss gibt es Hinweise darauf, dass in diesem Fonds hochrangige Politiker und Wirtschaftsbosse aus Sachsen private Anlagen getätigt haben. Die Namen der Beteiligten sind bislang wegen des Steuergeheimnisse leider nicht bekannt geworden. Angesichts der jüngsten Entwicklungen dürfte jetzt jedoch gerade daran ein hohes öffentliches Interesse bestehen, zumal gerade dieser Fonds jetzt nach Bayern und damit in Sicherheit verbracht worden ist, während andere Anleger der Sachsen LB um ihre Einlagen fürchten müssen und der Freistaat dafür haftet. Die Abgeordneten der Linksfraktion werden im Untersuchungsausschuss auch an dieser Sache weiter dran bleiben!

Zum Schluss noch ein Wort zum amtierenden Ministerpräsidenten. Georg Milbradt hat die Weihnachtstage offenkundig für alles Mögliche genutzt, nicht aber dazu, um über seine persönliche Verantwortung für das Lan-

desbank-Desaster nachzudenken, wie sowohl die Opposition als auch sein Koalitionspartner SPD gefordert hatten. Wenn man sich seine bisherigen öffentlichen Auftritte im neuen Jahr ansieht, so wird deutlich: Der Ministerpräsident will im Amt bleiben, koste es, was es wolle. Georg Milbradt klebt an seinem Sessel und hat offenkundig keinerlei Unrechtsbewusstsein. Umso notwendiger ist seine umfassende Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss, und wir werden ihn dann auch mit Fakten konfrontieren, die seine persönliche Mitverantwortung auch für die Vorgänge belegen, und zwar auch in jener Zeit, als er formell den Bankgremien nicht mehr angehörte.

Ich wiederhole, was ich bereits im Dezember gesagt habe: Für die Opposition wäre ein Weiterwursteln Georg Milbradts ein Segen, für das Land ist es eine Katastrophe. Karl Nolle hat gestern nach der Abstimmung zur Kreisreform hier im Landtag erklärt, er hoffe, dass der Ministerpräsident „dem Elend ein Ende bereitet, von alleine geht und nicht wie ein starrköpfiger Altbauer von seiner eigenen Partei, in der er die Mehrheit schon lange verloren hat, mit dem Trecker von Hof gezogen werden muss.“ Abgesehen davon, dass wir von der Opposition unsere Worte etwas vorsichtiger wählen, hat Herr Nolle im Grundsatz natürlich Recht. Aber die SPD muss sich natürlich fragen lassen, wie lange sie sich noch der Richtlinienkompetenz eines Mannes unterwerfen will, dessen Rücktritt sie eigentlich für überfällig hält.

Sei es wie es sei. Jetzt geht es um die Erweiterung des Auftrages für den bestehenden Untersuchungsausschuss zur Sachsen LB, und hier bitte ich Sie alle ganz herzlich um Ihre Unterstützung.



Die Affäre Sachsen LB: Chronologie im Spiegel der Medien

In den fünf Jahren seit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge um die Sächsische Landesbank war das Thema nahezu durchgehend in den Medien präsent. Regional und überregional wurde teils ausführlich berichtet und die Arbeit des Untersuchungsausschusses begleitet. Nachfolgend einige Auszüge der medialen Spiegelung und ausgewählte, die Affären um die Sachsen LB begleitende Dokumente.



Die **Sächsische Zeitung (SZ)** überschrieb am **5. Februar 2005** einen Kommentar von Ulrich Wolf zur sächsischen Landesbank wie folgt: **„Auf dem Weg ins Amigo-Tal“** und schloss folgerichtig: „Das Fass ist voll.“ Hintergrund des Kommentars war damals ein Geschäft der sächsischen Landesbank, die sich mit dem Hamburger Millionär und Immobilienunternehmer Lutz Ristow einen vermeintlich professionellen Partner ins Haus geholt hatte, damit dieser sich um „finanziell angeschlagene Projekte“ der Landesbank kümmere. Das Geldhaus sei Herrn Ristow „zu weit“ entgegengekommen, monierte der Kommentator und kritisierte, dass die Landesbanker eine Postbank-Finanzierung für zwei rentabilitätsschwache Ristow-Immobilien zu einem offenbar weit überhöhten Preis abgelöst hatte. Schon damals sah die SZ den Grat der Loyalität im Fall der Landesbank überschritten und malte das Bild vom „Rutsch ins dunkle Tal der Amigo-Wirtschaft“, zumal die Staatsanwaltschaft bereits eingeschaltet war .

Die **BILD Sachsen** titelte am **2. März 2005**: **„Bankchefs kassieren 1,8 Millionen Euro fürs Nichtstun!“** und nahm sich damit des „Abgangs“ der beiden obersten Bankmanager Weiss und Fuchs an. Nachfolgend wird ein „ungehaltener Anrufer“ zitiert: Ministerpräsident Milbradt. Dieser habe gerade vom belastenden Ergebnis der Razzia der Staatsanwaltschaft in der Sachsen

LB erfahren und daraufhin beiden Bankchefs mit Rausschmiss gedroht, falls diese nicht allein gingen. Kurz darauf hätten die Chefbanker dann „auf eigenen Wunsch um vorläufige Suspendierung“ gebeten. Die Zeitung rechnete vor, dass die Manager trotz des Jobverlustes nicht würden darben müssen: „Fuchs kriegt noch rund 600.000 Euro, sein Kollege Weiss sogar noch 1,2 Millionen Euro aus der Landeskasse.“ Grundlage dafür sei der noch bis 2007 laufende Vertrag, an denen Finanzminister Horst Metz (CDU) nicht rütteln mochte, „so lange es keine strafrechtliche Relevanz“ gäbe.

Die **Dresdner Morgenpost** machte am **11. Oktober 2005** darauf aufmerksam, dass sich die Ex-Banker nach Zypern abgesetzt hatten und titelte zudem: **„Regierung wusste von Misswirtschaft“**. Es folgte die rhetorische Frage, ob die Sachsen LB-Tochter MDL bewusst zugrunde gewirtschaftet worden war. Laut Aufsichtsrat sei dem so gewesen – und die Staatsregierung habe das gewusst: „Doch während der Ministerpräsident das Gegenteil beteuert, haben sich die Hauptverantwortlichen (Ex-Landesbankvorstand Michael Weiss und Ex-MDL-Chefin Andrea Braun, d. Red.) längst abgesetzt.“

Ein reichliches Jahr später, am **2. Dezember 2006**, fragte dieselbe Zeitung im Rahmen ihrer Berichterstattung zur Sächsischen Landesbank: **„Was verbirgt Milbradt?“** und thematisiert damit die Weigerung der Regierung, dem Landtag ihre Dokumente zum Fall des Ex-Sachsen-LB-Managers Rainer Fuchs zu übergeben und auch sonst keinerlei Auskunft zu geben. Zitiert wird der PDS-Obmann im Untersuchungsausschuss Klaus Tischendorf, der konstatierte: „Milbradt ist nicht bereit, den gegen ihn gerichteten Lügenvorwurf aufzuklären.“ Tischendorf und die Opposition im Untersuchungsausschuss versuchten seinerzeit zu klären, ob die Manager – wie von Milbradt behauptet – selbst um ihre Abberufung gebeten und somit die Verantwortung übernommen hätten, oder ob sie vom Ministerpräsidenten geschasst worden waren, damit dieser sich von einer Mitverantwortung freimachen könne. Damals lag Fuchs bereits in eben jener Frage im Rechtsstreit mit der Staatsregierung. Nach einer E-Mail, die die Sachsen LB am 25. Februar 2005 gegen 21 Uhr an das Finanzministerium gesandt habe und in der mitgeteilt worden sei, dass die Vorstände Weiss und Fuchs die politische Verantwortung für die Affäre übernehmen und um Abberufung bitten würden. „Gleiches hatte Milbradt rund vier Stunden zuvor (!) im Landtag verkündet“, so die Morgenpost.

In der **Leipziger Volkszeitung** (LVZ) vom **8. Januar 2007** war von „König Kurts letztem Auftritt“ zu lesen und der **„Unruhe in der CDU vor Biedenkopf-Aussage im Landesbank-Untersuchungsausschuss.“** Günther

Schneider, der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss glaubt schon damals den Abschlussbericht des Landebankausschusses vorweg nehmen zu müssen und erklärte zum wiederholten Mal: „Ich gehe davon aus, dass auf der politischen Ebene alles ordentlich gelaufen ist. Ein politisches Fehlverhalten der Staatsregierung gab es nicht.“ Nichtsdestotrotz verbreitete die durch die LINKE initiierte Zeugeneinvernahme von Ex-Regierungschef Kurt Biedenkopf (CDU) wohl doch ein gewisses Unbehagen, zumal befürchtet wurde, dieser könnte Ministerpräsident Milbradt nach seinem als vertraulich deklarierten, aber dennoch öffentlich gewordenen Brief von 2005 erneut



attackieren. Damals hatte „König Kurt“ seinem Nachfolger vorgeworfen, für die Affären um die Landesbank voll verantwortlich zu sein und habe nun dafür auch in aller Konsequenz einzustehen. CDU-Obmann Schneider gab sich indes sicher, dass Milbradts Parteifreund/Erzfeind seine Aufforderung vor dem Ausschuss nicht wiederholen würde. Die LVZ sah den Grund für Schneiders Gelassenheit darin, dass sich die Landesregierung und der Tutzinger Geschäftsmann Ludwig Hausbacher im Herbst 2006 im Rechtsstreit um die Sachsen LB auf einen Vergleich über 14,9 Millionen Euro geeinigt hatten – zugunsten von Hausbacher. „Dies dürfte auch Biedenkopf ein wenig beruhigen. Denn auf der Gehaltsliste von Hausbacher steht unter anderem ein Mann namens Andreas Waldow, Biedenkopfs Schwiegersohn“, so die LVZ.

In der Berichterstattung der Biedenkopf-Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss konstatierte dieselbe Zeitung übrigens gut zwei Wochen später: „Milbradt trägt politische Verantwortung“. Biedenkopf, so die LVZ, habe Milbradt im Dezember 2003 und Anfang 2004 auf die Missstände in der Bank und die Nichteignung des Vorstandsvorsitzende Michael Weiss

hingewiesen. Milbradt und Finanzminister Metz hätten darauf aber nicht reagiert.

Am **3. März 2007** griff die **Dresdner Morgenpost** die offenbar ungebrochene „Treue“ von Ministerpräsident Milbradt zu den Ex-Landesbankern auf und schrieb: „Die Staatsregierung vertraut den Ex-Landesbankchefs Weiss und Fuchs auch nach deren Abgang vor anderthalb Jahren grenzenlos.“ Obwohl beide gegen den Freistaat und für Geld – Fuchs für zusätzlich 120.000 Euro und Weiss für 111.000 Euro zum weiter laufenden Gehalt von monatlich ca. 15.000 Euro – klagten, lobte Milbradt beide „**Skandal-Banker**“ ungebrochen als „erfolgreiche und persönlich vertrauenswürdige Vorstände“. Und das anderthalb Jahre nach deren Entlassung am 25. Februar 2005, nachdem eine Dokumentenfälschung in deren Geldhaus aufgefliegen war.

ddp-Nachrichtenagentur (Sachsen) schrieb am **20. August 2007**, die Landesbank gerate **nach Milliardenkredit in Bedrängnis**. Kurz zuvor hatte die Landesbank einräumen müssen, „dass sie zur Deckung möglicher Ausfallrisiken durch Geschäfte auf dem US-Immobilienmarkt einen Kredit in Höhe von 17,3 Milliarden Euro benötige.“ Der Steuerzahlerbund warne deshalb vor einem Desaster: „Sollte das Land für Spekulationsverluste in Milliardenhöhe eintreten müssen, würden die sächsischen Steuerzahler für Managementfehler haften.“ DIE LINKE forderte Ministerpräsident Milbradt auf, eine Regierungserklärung abzugeben.

Eine Woche später folgte die **Sächsische Zeitung: „Milbradt knüpft sein politisches Schicksal an die Landesbank“**. Kommentatorin Binninger zollte dem Regierungschef ob des schnellen „Rettungsdeals mit den Stuttgartern“ (ad hoc Notverkauf der Sachsen LB an die LBBW, d. Red.) zwar Respekt, sah „die Folgen des dramatischen Notverkaufs der Landesbank“ aufgrund der „Risiken, die das gierige US-Geschäft der Landesbank aufgehäuft haben“ noch lange nicht ausgestanden. Der Freistaat habe unter hohem (Handlungs-)Druck gestanden deshalb „nicht auf Augenhöhe“ mit den Baden-Württembergern verhandeln können. Weder seien die Arbeitsplätze der Bank gesichert noch sei die Haftung für mögliche Risiken in Milliardenhöhe etwas, was beruhigen könne: „Keiner weiß, ob und wann diese Mine hochgeht.“ Die Landesbank hänge damit wie ein Damoklesschwert über Milbradt und Metz – und: „In der Regierung gibt es auch nach diesem Skandal keinerlei Konsequenzen. Und so wundert sich der Bürger schon wieder, was man als hoher Beamter so alles tun oder auch lassen kann, ohne dafür Verantwortung übernehmen zu müssen.“

DIE WELT verkündete am **31. August 2007** in ihrer Online-Ausgabe das **Ende der Finanzministerkarriere von Horst Metz** und zitiert ihn mit folgenden Worten: „Zum 30. September stelle ich mein Amt zur Verfügung“, ausgesprochen in einer Sondersitzung des Sächsischen Landtages zur Bankaffäre vom Vortag. Der Fraktionschef der LINKEN André Hahn hatte in derselben Sitzung auch den Rücktritt von Milbradt verlangt: „Machen Sie den Weg frei für einen Neuanfang in Sachsen.“ Hahn nannte die Affäre um die Landesbank einen „finanzpolitischen Offenbarungseid der sächsischen Staatsregierung und die größte persönliche Niederlage des Ministerpräsidenten.“

Zwei Monate darauf gab der nunmehr Ex-Finanzminister Horst Metz der **BILD Sachsen** im Dresdner Nobelhotel Maritim ein Exklusiv-Interview und erklärte seinen Rücktritt mit ausschließlich gesundheitlichen Gründen. Auf die Frage, was bei der Landesbank schief gelaufen sei, erwiderte **Metz**: „**Ich sehe keinen Fehler.**“ Vor der Krise auf dem US-Immobilienmarkt lief alles sehr gut.

„**Ritter Georg, der Glücklose**“, überschrieb Bernhard Honnigfort seinen Kommentar in der **Frankfurter Rundschau (FR) am 12. Dezember 2007** und reflektierte darin die Karriere von Ministerpräsident Milbradt von seiner Zeit als Landeskassenwart unter Biedenkopf bis hin zum Ministerpräsidentenposten. Nach dem Zerwürfnis und der Ablösung König Kurts durch den eher spröden Financier solle Biedenkopf seinen Nachfolger als „miserablen Politiker“ bezeichnet haben, der „zu hölzern, zu knurrig und kein Ministerpräsident zum Vorzeigen“ sei, aber zum Glück für die Christdemokraten „mit Geld umgehen könne wie kein zweiter.“ Gerade deshalb wiege das Desaster um die landeseigene Bank besonders schwer. „Ist das Loch groß genug, wird Milbradt gehen müssen.“, konstatierte die FR und mutmaßte: „Milbradt ist am Ende. Fehlt nur noch einer, der es ihm mitteilt.“

„**Ich bleibe im Amt!**“, wurde Ministerpräsident Milbradt am **7. Januar 2008 in der BILD Sachsen** kämpferisch und beim pressebegleitenden „Sonntagsspaziergang“ zitiert. Jegliche Verantwortung für das Ende der Sachsenbank zurückweisend, erklärte Milbradt: „Der aktuelle Grund für die Probleme der Sachsen LB ist die Immobilienkrise in den USA.“ Und weiter: „Für die Menschen in Sachsen wird es keine Einschränkungen oder Kürzungen geben (...).“ Auf die BILD-Frage, ob Milbradt sich Ende 2008 noch als Ministerpräsident sieht, antwortet dieser mit einem klarem „Ja“. Gegen Ende desselben Monats (**22. Januar 2008**) berichtet die **Dresdner**

Morgenpost über die Vernehmung von Ex-SLB-Banker Claus-Harald Wilsing vor dem Untersuchungsausschuss und titelte: „**Banker packte aus / Vorstand hatte schon 2005 vor Milliarden-Risiken gewarnt**“. Danach habe Wilsing die Auslandsgeschäfte der Landesbank als „kritisch“ und „schleierhaft“ bewertet. „Man wollte in zu kurzer Zeit zu viel Geld verdienen“, wird der Ex-Banker zitiert. Klaus Tischendorf, der Obmann der LINKEN stellte nach der Wilsing-Befragung fest: „Alle Großgeschäfte, die zum Ruin der SLB führten, wurden vom Kreditausschuss der Bank unter Vorsitz des Finanzministers entschieden.“

Da bereits zu diesem Zeitpunkt feststand, dass Ministerpräsident Milbradt Ende März vor den Ausschuss treten sollte, wurde der Ruf nach einer Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Ausschusses laut, damit die Parlamentarier die Möglichkeit erhielten, auch die Vorgänge zu beleuchten, die zum Notverkauf der Bank geführt hatten, der bei Einsetzung des UA nicht abzusehen war.



Einen weiterten bizarren Umstand, der im Zuge der Arbeit des UA zutage trat, machten die **Dresdner Neueste Nachrichten am 4. März 2008** öffentlich. Die LINKEN hatten der Milbradt-Vertrauten und Ex-Wirtschaftssekretärin **Andrea Fischer** nachgewiesen, dass diese zwischen 2002 und 2004 insgesamt **16 der 24 Sitzungen des Kreditausschusses der Bank geschwänzt** hatte, „obwohl dort die Geschäfte der Dubliner Tochter Sachsen LB Europe mit behandelt wurden.“ Sie habe bei der Landesbank-Aufsicht versagt und somit zu deren Ruin mit beigetragen, so das Fazit von Obmann Tischendorf. SPD-Mann Karl Nolle wurde noch deutlicher und vermutete: Der Freistaat wird offenbar im Wachkoma regiert.“ ...

Von der Ausschusssitzung Nummer 49 berichtete die **Frankfurter Rundschau (FR) am 10. November 2008** und wählte hierfür die Überschrift: **„Toter Briefkasten“**. Nach kurzer Aufzählung der Skandale um die Bank fasst die FR knapp zusammen: Milbradt weg, Metz weg, Bank weg – den Ausschuss aber, der bei einer Anhängerkupplung (für die Segelyacht, angebracht am Dienstwagen von Vorstand Weiss, d. Red.) anfang, gibt es immer noch.“ An dem Tag, als die FR das schrieb, sollten eigentlich Michael Weiss und dessen Lebensgefährtin Andrea Braun in Dresden aussagen. Beide aber hatten sich bereits 2005 in Zypern niedergelassen. Den (mehrfachen) Vorladungen des Ausschusses folgten sie nicht. „Der letzte Versuch kam zurück: Annahme verweigert“. Der Ausschuss wollte die Akte der beiden nun zur Verhängung eines Ordnungsgeldes an ein Gericht geben.

Am **18. Dezember 2008** brachte die **Sächsische Zeitung** erstmals die Möglichkeit einer **drohenden Rückzahlung von Steuern** an die LBBW ins Gespräch und zitiert das Landgericht Stuttgart, welches die Jahresabschlüsse 2004 bis 2006 der Sachsen LB für nichtig erklärt hatte, in denen die frühere Sachsen LB Vermögenswerte in Höhe von 465 Millionen Euro ausgewiesen hatte, die aber de facto nicht werthaltig gewesen seien.

Am **8. Januar 2009** war in mehreren Zeitungen, darunter Freie Presse, DNN, LVZ, Morgenpost und BILD, zu lesen, dass Sachsen im Jahr 2009 mit seiner 2,75-Milliarden-Euro-Bürgschaft **erstmal Ausfälle in Höhe von „30 bis 70 Millionen Euro“** wird ausgleichen müssen. Hintergrund der Berichterstattung war eine Presserklärung aus dem Finanzministerium vom Vortag.

Am **3. April 2009** rechnete die **Sächsische Zeitung (SZ)** vor, dass der Notverkauf der Landesbank den Freistaat teurer kommt, als allgemein angenommen. Zur Begründung macht die SZ die **Kosten für Berater- und Anwaltsleistungen zur Sache ab 2007 in Höhe von mehr als fünf Millionen Euro**. Die Zahl entnahm die SZ einer Anfrage der Linksfraktion nebst der Antwort von Finanzminister Unland.

Am **20 Januar 2009** titelte die **Dresdner Morgenpost**: „Im Ausschuss kam es an den Tag / **Ohne Ahnung! Ex-Minister entlarvt sich als Finanzaiaie**“. Gemeint war Ex-Finanzminister Horst Metz, der vor dem Ausschuss ausgesagt und dabei versucht hatte, seinem Staatssekretär Wolfgang Voß sämtliche Verantwortung in Sachen Rechtsaufsicht zuzuschreiben. Die Fachaufsicht hingegen habe ausschließlich die BaFin inne gehabt – und im

Übrigen sei er „weder Finanzwissenschaftler noch Bankkaufmann“. Hinweise auf den Crashkurs der Bank habe es nach Metz nicht gegeben. DIE LINKE fragte daraufhin: „Wer trägt die politische Verantwortung für eine Landesbank, wenn nicht der Finanzminister?“ und der Obmann der GRÜNEN konstatierte: „In der Staatsregierung herrschte in Sachen Landesbank offenbar organisierte Verantwortungslosigkeit.“



Mit dem Versuch, „einen Pudding an die Wand“ zu nageln, verglich **Morgenpost**-Kommentator Gerhard Jakob am **10. März 2009** die Arbeit des Untersuchungsausschuss und die Suche nach den Verantwortlichen für das Bankdesaster. Unmittelbar nach der Befragung von Ministerpräsident Stanislaw Tillich bescheinigte der Autor den „Staatssekretären, Bankvorständen und Ministern“, die vom Ausschuss befragt worden waren, „ein peinliches Bild ertappter Schuljungs abgegeben“ zu haben, „die nach dem Fehltritt „laut krähen: Ich war`s nicht, Herr Lehrer.“ Der Journalist empfahl den Genannten, sie „mögen **wenigstens einmal für die Folgen ihres Handelns geradestehen**“ und schob sogleich folgenden Text zum Nachsprechen hinterher: *„Ja, ich habe mich von den Verlockungen des vermeintlich schnellen Geldes anstecken lassen. Ich hatte keine Ahnung, was die SLB so treibt, aber ich wollte es auch gar nicht so genau wissen. Das war unverantwortlich. Ich möchte die Sachsen dafür um Verzeihung bitten.“ ...*

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr
Gestaltung/Satz: Carola Müller
Fotos: © Gerd Altmann / PIXELIO (Titel, S. 14, 25, 31)
© Uwe-Steinbrich / PIXELIO (S. 5)
© efa (S. 9, 11, 13, 19, 32, 34, 37)
© Cholulteca / PIXELIO (S. 15), © M. Neubert (S. 26)

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
<http://linksfraktion-sachsen.de>

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de